

Kaukasische Post

Adresse d. Redaktion u. d. Geschäftsstelle (vorübergehend): Michael-Str. Nr. 89, im Magazin von G. Fried (vormals G. Auffermann). Sprechstunden: 9—11 vorm. (zu fragen nach W. Bauer).

Erscheint 2-mal wöchentlich:

am Donnerstag und am Sonntag.

Bezugspreis: 15 Rbl. für 2 Monate. Anzeigen: die 3-mal gebaltene Kleinzeile auf der ersten Seite—60 Kop., auf der 4. Seite—40 Kop.

Nr. 18.

Tiflis, den 6. März 1919.

11. Jahrgang.

Aufforderung.

Die Vorstände der Ortsgruppen auf den Kolonien bzw. die Kommissare oder Schulzen werden hiermit ersucht, ihre Mitbürger zu beauftragen, bei ihren Fahrten nach Tiflis unbedingt in die Geschäftsstelle der „K. P.“ (v. 9—11 Uhr vorm.) und in das Lokal des Zentralkomitees und Nationalrates, Kirchenstr. 27, (Deutsche Bibliothek) v. 9—2 Uhr vorm. anzukommen, um die Zeitung und sonstige Korrespondenzen mitnehmen zu können.

Infolge mangelhafter Beteiligung kam die Gemeindeversammlung am 28-ten Februar nicht zustande; deshalb wird zum 9-ten März a. e., um 5 Uhr nachmittags, eine zweite Gemeindeversammlung einberufen mit der Tagesordnung: 1) Abrechnung für 1918; 2) Voranschlag für 1919; 3) Wortbericht.

Die Versammlung ist bei jeder Anzahl von Anwesenden beschlussfähig; sie ist mit Rücksicht auf die Frauen zu 5 Uhr nachmittags anberaumt.

Anträge zu dieser Versammlung müssen dem Kirchenältestenrat bis zum 6-ten März schriftlich eingereicht sein.
2—1 Der Kirchenältestenrat.

Ein junger Kontorist

wird gesucht, welcher der deutschen und russischen Sprache mächtig ist. Adresse: Handelshaus W. F. Tröster & Ko., Barjatinskaja № 6.

Die Rede Wilson's.

Die Rede, welche Wilson seinerzeit zur Eröffnung der Verhandlungen in der Völkerbund-Kommission der Friedenskonferenz gehalten hat, wird von der Neutrag-Agentur wie folgt wiedergegeben: „Wir sind hier versammelt um zweier Aufgaben willen: Erstens, um feste Grundlagen zu schaffen, deren Erfordernis dieser Krieg darzulegen hat, und zweitens, um der ganzen Welt einen dauernden Frieden zu sichern, und zwar nicht nur durch die gegenwärtigen Entscheidungen, sondern auch durch Herstellung entsprechender Bedingungen. Wir will es so scheinen, als könnten beide Aufgaben durch den Völkerbund am ehesten ihrer Lösung entgegengeführt werden. Viele Fragen, die mit den gegenwärtigen Entscheidungen zusammenhängen, werden möglicherweise keine endgültige Lösung durch unseren Beschluß finden. Wir ist es klar, daß viele Bestimmungen dieses Beschlusses einer nachmaligen Durchsicht bedürfen werden, daß viele derselben werden verändert werden müssen, denn soweit meine Erfahrung reicht, können einige Fragen zurzeit garnicht Gegenstand der Beratung sein, und deshalb ist es erforderlich, daß wir einen Apparat schaffen, mit dessen Hilfe die Arbeit der Konferenz sich zu einer produktiven gestaltet. Wir sind hier versammelt zu weit größeren Zwecken, als es die Bestimmungen wären, die in der Gegenwart nützlich. Ich kann ohne Übertreibung sagen, daß wir Vertreter sind der Regierungen und der Völker. Es genügt nicht, die erlernten, wo immer es sein mag, zu befriedigen; es ist notwendig, daß die Meinung der Menschheit befriedigt werde. Der Druck dieses Krieges hat mit außerordentlicher Schwere auf der gesamten Bevölkerung der Länder gelastet, die in den Krieg hineingezogen wurden. Ich brauche Ihnen nicht nochmals zu schildern, wie schwer dieser Druck Greise, Frauen, Kinder und die Wohnstätten der Kulturwelt betroffen hat und wie nachdrücklich die Spannung des Krieges überall, wo das menschliche Herz schlägt, war. Jetzt bitten diese Völker

um den Frieden, der sie bewahren könnte, bitten darüber zu wachen, daß sie diesen Druck nicht auf's neue zu erdulden brauchen, und ich nehme es auf mich, zu behaupten, daß sie jenen nur dank der Hoffnung ertragen haben, daß ihre Vertreter sich nach dem Kriege zusammenfinden und alles daran setzen würden, um in Zukunft solche Opfer ausgeschlossen sein zu lassen. Deshalb erscheint es auch als unsere heiligste Pflicht, beständige Bedingungen für den Sieg der Gerechtigkeit und die Aufrechterhaltung des Friedens zu schaffen. Dieses ist der Hauptzweck unserer Versammlung. Die Entscheidungen können zeitweiligen Charakter haben, aber die Handlungen der Völker müssen im Interesse des Friedens und der Gerechtigkeit permanent (fortdauernd) sein, und deshalb ist es angebracht, daß wir uns das Bestreben, soweit es angeht, vergegenwärtigen. Ist es nicht schrecklich, daß die großen wissenschaftlichen Entdeckungen, daß die genauen Untersuchungen der Gelehrten in den Laboratorien und die Entwicklung aller Zweige der Wissenschaft in den ruhigen Auditorien jetzt zur Vernichtung der Zivilisation verurteilt werden? Der Feind, den wir soeben besiegt haben, hatte einige wichtige Entdeckungen zu seiner Verfügung, die er zu völliger und ignorer Zerstörung benutzte. Nur das beständige und engerem Zusammenwirken kann man dafür sorgen, daß sowohl die Wissenschaft, als auch die bewaffnete Macht innerhalb der Grenzen der Zivilisation verbleiben. Die Vereinigten Staaten sind in gewissem Sinne an diesen Fragen weniger interessiert, als die übrigen Länder, die hier vertreten sind. Dank dem Djan sind diese Staaten weniger der Gefahr eines Angriffes ausgesetzt, als viele der übrigen Länder, aber ungeachtet dessen ist die Teilnahme der Vereinigten Staaten eine tiefe und aufrichtige, nicht aus der Furcht geborene, sondern durch jene Ideale veranlaßt, welche das Ziel und der Zweck dieses Krieges wurden. Indem Amerika in diesen Krieg eintrat, hatte es nicht vor, sich in die Politik Europas, Asiens oder irgend eines anderen Erdteils einzumischen. Es glaubte, daß die ganze Welt von der Erkenntnis durchdrungen sei, daß gegenwärtig nur ein Ziel angestrebt werden müsse, das von dem Ausgang des Krieges abhing: Gerechtigkeit und Freiheit aller Menschen in der ganzen Welt zu erlangen. Deshalb aber wäre seine Beteiligung am Kriege auch unnütz gewesen, wenn das wirkliche Ende des Krieges nichts mehr mit sich brächte, als die Lösung nur rein-europäischer Probleme, und es könnte nicht teilnehmen an der Sicherstellung dieser Entscheidungen, wenn die Garantien nicht Elemente beständiger Aufsicht über den Frieden der ganzen Welt in sich schloßen. Deshalb, so scheint es mir, müssen wir den Völkerbund lebensfähig gestalten, nicht aber zu einer leeren Formalität. Seine Lebensfähigkeit muß sich nicht auf die Beilegung irgendeiner Schwierigkeit beschränken, sondern in dem Schutze der Interessen aller Nationen bestehen. Der Völkerbund muß gewissermaßen die Augen der Völker darstellen, welche ihre Interessen überwachen, Leiger, welche nie schlummern, sondern stets in gleicher Weise wachsam und aufmerksam sind. Wenn wir den Völkerbund nicht lebensfähig machen, werden wir das Vertrauen aller Völker täuschen. Seit ich über den Djan gereist bin, habe ich Gelegenheit gefunden, die Länder vieler dieser Völker zu besuchen und jedesmal habe ich mich davon überzeugen müssen, daß die Stimme des Volkes überwiegt, soweit sie den tiefsten Glauben an den Völkerbund ausdrückt. Meine Herren! Die ausgewählte Klasse erscheint nicht mehr als Leiter. Die Schicksale der Mensch-

heit ruhen in der ganzen Welt in den Händen des einfachen Mannes. Befriedigt ihn, und Ihr werdet seinem Vertrauen gerecht werden. Wenn Ihr solches aber nicht tut, so kann nichts dem Weltfrieden schaden oder befestigen. Ich glaube, meine Herren, daß Sie alle begreifen, zu welchem Zweck die Vertreter der Vereinigten Staaten dieses große Projekt des Völkerbundes unterstützen. Wir sehen auf dieses Projekt wie auf einen Schlüssel zu dem ganzen Problem, das unsere Ziele und Ideale in diesem Krieg ausdrückt und welches die verbündeten Nationen ihrer Entscheidung zugrunde gelegt haben. Wenn wir in die Vereinigten Staaten zurückkehren wollten, ohne alles, was in unseren Kräften steht, zur Verwirklichung dieses Programms getan zu haben, würden wir dort der wohlverdienten Berachtung unserer Mitbürger begegnen, denn sie bilden die echte Demokratie, sie fordern, daß ihre Vertreter und Leader ihre Gedanken wiedergeben, nicht aber ihre eigenen Absichten auszusprechen, sie verlangen, daß ihre Vertreter ihre Diener seien. Wir haben keine andere Wahl, wir müssen ihre Befehle ausführen, und wir führen sie mit Begeisterung aus und mit dem größten Vergnügen, denn das ist das Fundament des ganzen Gebäudes, in das wir alle unsere Kräfte hineingesetzt haben, im ganzen wie in jedes seiner Teile. Wir würden es nicht wagen, auch nur den geringsten dieser letzteren herauszureißen, denn unser Prinzip ist — der Weltfriede, die Gerechtigkeit und das Bewußtsein dessen, daß wir hier nicht die Regenten dieser Völker sind, sondern nur dafür Sorge zu tragen haben, daß alle Völker der Welt sich selbst regieren, nach ihrem eigenen, nicht aber nach unserem Ermessen. Wir sind hier, um dafür zu sorgen, daß alle Ursachen dieses Krieges vertilgt würden. Diese Ursachen waren eine Privatangelegenheit einer kleinen Gruppe von bürgerlichen und militärischen Regierenden, waren: ein Überfall der Großmächte auf die kleinen Mächte, diese Ursachen bieten in der Hand Staaten, welche sich nicht der Wassergewalt unterwerfen wollen, diese Ursachen werden von einer kleinen Gruppe von Leuten ausgeübt zwecks Erfüllung ihrer Wünsche und zu dem Zweck, die Menschen zu Figuren (Bauern) auf dem Schachbrett zu machen. Der Frieden kann nur dann geschlossen werden, wenn diese Ursachen vernichtet sein werden. Deshalb hindern die Vereinigten Staaten niemals an der Auswahl des Weges; sie haben ihren Handlungen unveränderliche Prinzipien zugrunde gelegt, und getollt! diese Prinzipien sind als Grundlage der Entscheidungen von allen hochbegabten Leuten, die an dieser Sache beteiligt sind, angenommen worden. Ich hoffe, daß wenn es bekannt wird (und es wird wohl bekannt werden), daß wir in der Tat diese unsere Prinzipien angewandt haben, wir dadurch allen Menschen eine schwere Last vom Herzen nehmen werden. Wir befinden uns eben in einer besonderen Lage. Wenn ich auf der Straße gehe, begegne ich allerorten Leuten in amerikanischer Uniform. Diese Leute sind in den Krieg gezogen, nachdem wir ihnen unsere Absichten und Ziele mitgeteilt hatten, um dazuzutreten sich sie zum Kampfe aufgerufen habe. Sie sind hierher gekommen wie Kreuzritter, nicht nur deshalb, um den Krieg zu gewinnen, sondern auch deshalb, um die Sache zu gewinnen, und ich bin vor ihnen verantwortlich, da ich die Absichten und Ziele formulieren mußte, um dazutreten sich sie zum Kampfe aufgerufen habe. Ich muß ebenso wie sie Kreuzritter sein und alles tun, was es nicht kosten mag und wessen es dabei nicht bedürfte, um die Sache zu Ende zu führen, um die sie ge-

kämpft haben. Ich bin glücklich, indem ich mich mit jedem Tage mehr davon überzeuge, daß wir nicht allein danach streben, daß Kämpfer für diese Idee sich überall finden. Ich sage das deshalb, um Ihnen verbindlich zu machen, weshalb wir, obgleich nicht interessiert an der Politik dieses großen Kontinents und des Ozeans, das Recht erlangt haben, auszusprechen, welches eigentlich der Schlüssel zu der ganzen Angelegenheit ist, und weshalb der Vorschlag mir angetragen hat, diese Verhandlungen zu eröffnen. Nicht weil wir allein Träger dieser Idee sind, sondern weil wir das Privileg haben, ihnen behilflich zu sein. Ich habe nur versucht, Ihnen unser Entzügen auszudrücken, dessen Ursache das geschwundene Ubel und die Sympathien der Menschheit bilden, und mir scheint es, daß in dieser Idee der Pulsschlag der ganzen Welt zu fühlen ist."

Inland.

Das Parlament hat am 31. Januar den Bericht des Finanzministers über die Aufstellung des Budgets der Republik Georgien in seinen Grundzügen bestätigt. Danach wird das Haushaltsjahr der Republik mit dem 1. Juni beginnen und mit dem 31. Mai abschließen. Der Voranschlag für das Jahr 1919-1920 umf. bis zum 1. April dem Parlament vorgelegt sein. Entworfen werden die Ausgaben für den Unterhalt des einseitigen Ressorts in monatlichen Raten beglichen werden. Sie belaufen sich insgesamt auf 48 500 000 Abl. monatlich, darunter: Parlament - 174 045 Abl.; Regierung - 77 435 Abl.; Ministerium des Innern - 4 920 762 Abl.; Min. d. Finanzen - 729 101 Abl.; Min. d. Äußern - 80 482 Abl.; Min. d. Volkskraft. - 2 306 417 Abl.; Min. d. Begehrkommunikation - 974 7835 Abl.; Min. d. Handels und der Industrie - 307 720 Abl.; Min. d. Landwirtschaft - 741 637 R.; Min. d. Arbeit - 26 733 Abl.; Kriegsmin. und Volksgarde - 27 676 285 Abl. (davon Volksgarde speziell 4 Mill.) und Reichskontrolle - 190 425 Abl.

Zwischen den Republiken Georgien u. Adjerbeidjan ist eine Vereinbarung über den Austausch des tollenden Eisenbahnmateri als und die Beförderung der Stützgüter („грузы вазок експорт“) getroffen worden, die den Güterverkehr erheblich beschleunigen wird. Diese Vereinbarung ist mit dem 1. März in Kraft getreten.

Aus Batum wird der „Vorja“ unter dem 27. Februar gemeldet, daß am Morgen desselben Tages der deutsche Generalkonjunkt von Tiflis Graf v. d. Schulenburg unerwartet von Batum nach Konstantinopel abgereist. Bekanntlich war der Graf gleichzeitig mit General v. Krefz von hier nach Poti, dann nach Ru-

taus und schließlich nach Batum befördert, hier aber, nach der Abreise des Generals und seiner Gefolges, bisher zurückgehalten worden.

Ausland.

Es heißt, daß am 22. d. Mts. der Zeitpunkt des Zutrittens der Friedenskonferenz bestimmt werden wird, und zwar sei für ihn die erste Hälfte des Aprilmonats (zwischen 1. u. 19. 4.) in Aussicht genommen. An der Konferenz würden auch die Deutschen teilnehmen. Wohl gemerkt: anders ging's offenbar nicht, da Präsident Wilson nicht geneigt zu sein scheint, sein Friedensprogramm bloß als Aushängeschild benützt zu wissen (vgl. hierzu oben: „Die Rede Wilson's“) - Wie die „Tribüne“ sich aus dem Haag berichten läßt, habe die englische Regierung den Wunsch geäußert, die russische Sowjetregierung nochmals aufzufordern, die auf den Prinszen-Inseln (im Marharra-Meer, bei Konstantinopel) abzuhaltende Sonder-Friedenskonferenz für die Völker des Ozeans zu beschließen, oder den Ort der Konferenz von sich aus zu bestimmen. Die Amerikaner stehen auf demselben Standpunkt, unterstreichen dabei aber: „wenn auch diese Einladung keinen Erfolg haben sollte, so würden die Verbündeten Ausland ökonomisch isolieren und Estland, Litauen, Archangel und Zefaterinodar auch fernherhin mit Waffen und Munition für den Kampf mit dem Bolschewismus versorgen“. Eigentlich liege den Verbündeten nur die Wiederherstellung der Ruhe in Russland am Herzen und wünschten sie gar nicht, sich in die russischen Angelegenheiten hineinzumischen. Auch hierin dürste Wilson's Einfluß sich bemerkbar machen, dem von jeher gewisse Sympathien für die Idee des Bolschewismus, als eine ausgeprägten demokratische, nachgesagt werden. - Demselben Blatte zufolge, soll Wilson Lloyd George, dem englischen Ministerpräsidenten, erklärt haben, daß Amerika nicht nach Beherrschung der Meere strebe, aber auch nicht wünsche, daß andere Mächte danach gelühten. Würde diesbezüglich eine Verständigung sich als unmöglich erweisen, so wäre die Introppt Amerikas auf eine solche Herausforderung: der Bau von zwei mal so viel Schiffen, als die anderen bauen würden. Auch diese Mitteilung überträgt nicht mehr, wenn man die Rede Wilson's in der Völkerbund-Kommission gelesen hat. Hierzu sei bemerkt, daß die Georg. Tel.-Agentur erst vor einigen Tagen mitteilte, England werde hundert neue Kriegsschiffe mit ungeheurem Gesamttonnengehalt bauen, was natürlich mit den in der Rede Wilson's zum Ausdruck gelangten Ansichten und Absichten der Vereinigten Staaten nicht im Einklang stünde. - Ferner wird berichtet, daß die amerikanische Regierung ihre Truppen aus dem

Norden Russlands (von der Murmanküste) abzurufen. - Schließlich mußte eine der jaulendsten Tel.-Agenturen zu melden, Amerika sei nicht abgeneigt, mit Deutschland ein Separatabkommen zu treffen bezüglich Lieferung von Lebensmitteln (für die dortige Bevölkerung in erforderlichen Mengen (Schätzungs-wert: viele Millionen Mark). - Diese Mitteilung erscheint nicht unwahrscheinlich, wenn man sie mit einer späteren ähnlichen Mitteilung zusammenhält, nach welcher Wilson eine Gesandtschaft eingetracht habe über „sofortige Anweisung von 20 Millionen Pfund Sterling“ (= 17, Milliarden Abl. in transk. Bons nach dem gegenwärtigen Kurse) zum „Ankauf von Proviant für Österreich, die Türkei, Polen und West-Russland“, deren ökonomische Lage so schlecht sei, daß in ihnen eine Wiederbelebung des industriellen und politischen Lebens ohne auswärtige Hilfe nicht denkbar wäre. Im ganzen, meint Wilson, seien 300 Millionen Pf. Sterk. (ungefähr 26 Milliarden Abl.) erforderlich, um Europa im Laufe von 7 Monaten mit Proviant zu versorgen. Wilson appelliert an das Mitleid der Amerikaner, mit dem Hinweis, daß die Vorteile, welche der Weltkrieg den Verein-Staaten gebracht habe, unvergleichlich größer gewesen seien u. s. w. - Eine Mitteilung der deutschen Regierung schildert die ökonomische Lage Deutschlands in düsteren Farben. Die zahlreichen Unruhen und vor allem die Streikbewegung unterbänden die Industrie und den Handel. Die erforderliche Tätigkeit der Nationalversammlung in Weimar werde fast illusorisch, wenn das so fortginge. Die Arbeitslosigkeit breite sich immer mehr aus, u. s. w. - In Hamburg finden schwere Kämpfe statt. - In Düsseldorf suchen die Regierungstruppen die Ordnung wiederherzustellen. - In München ist die Lage kritisch wie zuvor. - Zwischen Deutschland und Polen soll Waffenstillstand vereinbart worden sein.

Das Nationalitätsprinzip und die Internationale.

IV.
(Schluß.)

Die gegen Deutschland gerichteten Anschuldigungen beziehen sich auf beide unserer Betrachtung zu Grunde liegenden Fragen. Der angebliche Imperialismus Deutschlands und die auf diesem Wege bezw. angestrebte Welt-herrschaft stehen in der Tat im Widerspruch zu dem Nationalitätsprinzip, wie wir dasselbe in seiner gefunden und freien Entfaltung als eine der wichtigsten treibenden Kräfte in der Weltpolitik und für die Weiterentwicklung der Weltkultur erkannt zu haben glauben. Es kommt uns nicht zu,

Feuilleton.

„Stolz in Gebärd, sich brüsst gar mancher des Wertes im Leben;
„Aber nur schön ist Erfolg, wenn er ein Ringen beschließt.“
„Spitter“ von Rud. Dirf.

Ludwig Finckh. *)

Von Dr. A. Hoffmann.

Im Sommer des Jahres 1906 lagen am Rheinufer bei Kehl zwei Straßburger Studenten in der Abenddämmerung und saßen. Der eine hatte beim Buchhändler ein neues Buch entdeckt, Finckh's „Rosen doktor“, und nun vertieft sie sich gemeinsam, wie sie es gewohnt waren, in die Gedanken des Dichters, und waren befangen von der sanften Gewalt, die a bis dieser Lebensbeschreibung auf sie überströmte. Sie standen beide noch in den Jahren, in denen man sich seine Stellung zur Frau unter schweren inneren Kämpfen selber schaffen muß. In beiden mehrte sich der als gut erkannte sittliche Ernst gegen die Lehren des in Jugendfrische brauenden Lebensübermutes, gegen die Verückung, das Verhältnis zur Frau leicht zu nehmen und sorglos darüber hinwegzugehen, wie die meisten Kommilitonen es zu tun gewohnt waren. Sie waren Träumer und verehrten die Frauen, ohne sie zu kennen,

aus einem ahnenden Gemüte und ohne triftigen Grund“. Da sprachen die Frauen aus dem „Rosen doktor“ zu ihnen: „Wir wollen nur Menschen sein. Wir sind keine Königinnen, sondern Vetterinnen. Wie sind so rein, wie ihr uns anzusehen vermögt; so gut, wie euer eigen Herz ist, und so schon, wie eure Augen zu sehen vermögen. Ihr schenkt uns unverdient Krone und Kranz, ihr reißt uns ungerecht die Kleider vom Leib; es hilft euch nichts, wir bleiben eure Schwefeln; euer Blut fließt in uns, so härmisch und verlangend wie in euch, nur habt ihr nicht den Mut, es zu bekennen. Ihr verleugnet uns und bestrickt uns das Leben, das doch in uns atmet, und das Blut, das in uns rinnt, auch wenn ihr's oder wenn wir's verbieten. Ihr ebrt euch selber, wenn ihr uns wahr sein laßt. Und ihr ebrt uns besser damit, als mit Freien und goldenen Kronen, die uns nicht gebühren. Wir Frauen sind Menschen. Ihr habt es noch nicht gewußt. Menschlich wie ihr im Starren und im Schwachen. Vergeßet es nie.“

Den beiden Studenten griff dies demütige, leise und tapfere Bekenntnis und der unbeirrbar Glaube des Dichters an die Frau aus Herz, und so wenig sie in den bald genug über sie hereinbrechenden Lebensstürmen die Schmerzen und Freuden der Kämpfe um Mannestum vergessen konnten, so wenig haben sie die Freundschaft verfallen lassen, die sie im geheimen für Ludwig Finckh empfanden. Unter diesen Umständen in rascher Folge drei weitere Werke des Dichters. - Dem „Rosen doktor“ eng verwandt in der Auffassung und der glücklichen Prägung der leichtbeweglichen und noch so herzlich warmen Worte war die Gedichtsammlung „Rosen“, die das Wertvollste aus ei-

nem schon früher gedruckten, aber bald vergriffenen Gedichtbuche „Fraue du, du Süße“ mit zahlreichen neuen Liedern verband. Die Zartheit der finckh'schen Lyrik erweckte allgemeine Aufmerksamkeit. Berechtigt dafür ist die Tatsache, daß ein so ganz anders gerichteter Dichter wie Otto Julius Bierbaum diesem Bände ein liebevolles Geleitwort zur Einführung auf den Weg gibt: „Dieses Gedichtbuch ist ein hohes Lied auf die Frau. Es ist ihr wie ein gläubigeres, reineres, innigeres, gesungen worden. An so etwas wie Chamisso's Frauenliebe und -leben darf man dabei nicht denken. Man darf seinen Blick höher richten: auf die großen Erklärungen der Frau durch die Kunst.“

„Bistra“, ein Dafenbuch und die Erzählung „Apunzel“ wenden sich wieder der Prosa zu. Das erste skizziert die auf einer Krißkreise erhaltenen Eindrücke; es ist ihm sowohl wie aus „Apunzel“ strahlt die reine Empfindung des Rosen dichters mit erfreulicher Wärme hervor. „Apunzel“ ist zugleich so etwas wie ein Heimatbuch. Die Mutter des kleinen Konrad aus Holzgelingen sagt einmal darin, sie wolle lieber nicht in den Himmel kommen, als irgendwo anders auf der Erde leben denn in Holzgelingen. Neullingen und die Schwäbische Alb, der Bobensee und das ganze Schwabenland sind des Dichters Heimat und ewige Liebe. Die ehrtbare Tüchtigkeit und der Glanz des Bürgerturns in den ehemals freien Reichsstädten, die Lauterkeit und Treue aus den Zeiten Eberhard des Greiners, die Schwabenstrieche des Ritters aus dem Kreuzfahrerbere Barbarossa ziehen in unserer Erinnerung auf. Namen von gutem Klang folgen: Schiller, Hauff, Uhland, Mörike.

*) Ein schwäbischer Dichter, der auch unseren transtau. Deutschen größtenteils ein alter, guter Bekannter ist. Die Schriftleitung.

die Beschuldigungen für diesen Teil und den anderen auf ihre Richtigkeit zu prüfen, denn erst die Ergebnisse des Friedenskongresses werden darüber Licht verbreiten können und ein abschließendes Urteil ermöglichen. Die berufenen Vertreter Deutschlands werden dafür zu verantworten haben, wir haben nur zu wünschen, sie möchten sich klar dessen bewußt sein, daß ihnen nicht nur die Ehre ihres Vaterlandes in die Hände gelegt ist, sondern daß von der geistigen und sittlichen Kraft, die sie zu entwickeln vermögen, auch im hohen Grade abhängig ist, wie weit die Grundzüge der Freiheit in nationaler und individueller Beziehung und der Gerechtigkeit im privaten, im öffentlichen und im internationalen Leben zur Geltung kommen können.

Der Schauplatz der jüngsten politischen Begebenheiten zeigt ein Bild betäubender Verwirrungen seitens der neuauftretenden Völker, die sich die politische Freiheit zum Ziel gesetzt haben. Die gewalttätigen traditionellen Übergriffe in die internationalen Rechtsverhältnisse erscheinen, in verjüngter Gestalt wieder, sie werden, und hierin liegt das betrübende Symptom, oft untergenommen bei völliger Ungültigkeit der erforderlichen Machtmittel, sie werden oft vollführt bei völliger Ausichtslosigkeit auf die Erhaltung der Beute für eine weitere Zukunft. Die auf dem sozialen Gebiet in Verwirrung gebrachten Begriffe des Rechts und der Macht spiegeln sich auch auf dem politischen Gebiet wieder und lassen erkennen, daß das Grundprinzip jeder staatlichen und nationalen Organisation, die Achtung vor dem Besitz und dem Recht des anderen, noch wenig Verständnis findet und daß die deklarierte allgemeine politische Freiheit der Völker sehr bestimmter Einschränkungen bedürftig ist. Dadurch wird die Aufgabe des Friedenskongresses außerordentlich schwierig und verwickelt, denn es erscheint geboten, nicht nur die völkerrechtlichen Normen in ein fest zusammengefügtes organisches System zu bringen, sondern auch die staatsrechtlichen Verhältnisse einem, wenn wir so sagen dürfen, Normalstatut zu unterwerfen.

Damit nicht nach der Analogie des sozialen Proletariats der Internationale ein Staatenproletariat entstehe und behändig den Völkerfrieden bedrohe, würden für die Zuerkennung der politischen Freiheit und Selbständigkeit an eine Nation gewisse Voraussetzungen, die in den Erfahrungen der politischen Geschichte begründet sind, als unerlässlich zu erachten sein. Wir glauben, daß den Völkern, bei welchen diese Voraussetzungen nicht zutreffen, kein Unrecht geschieht, denn das Selbstbestimmungsrecht garantiert allenfalls die freie Entwicklungsmöglichkeit der nationalen Individualität, die friedliche und legale Emanzipation wäre nur von dem Entwicklungsgrade abhängig, unter welchem jene Voraussetzungen in der Zukunft erreicht werden.

Die böse Mär von den Sieben Schwaben und das spöttische Wort vom Schwabenalter verliert in solcher Nachbarschaft alle Schärfe. Was schadet es, wenn schwäbische Art langsam und schwer ist? In ihr wurzelt bodenständige Kraft und tiefe Treue.

Und wenn's in Deutschland dunkel wird,
Die Sonne sieht auf Schwaben.
Wir müssen hundert Jahr geirrt
Und sehn geschlafen haben.

Die Rose blüht in Berg und Tal,
Es reifen Palm und Dinkel,
Es fällt ein heller Morgenstraß
In unsern Gotteswinkel.

Nun hebt auf unser Schwabenland
Es wieder an zu tauen,
Die Mäuner reden Arm und Hand
Es lachen unsere Frauen.)

Schwabenbücher sind auch die anderen Erzählungen, die hernach aus Ludwig Fuchs's Feder kamen: „Die Reise nach Tripstiril“, „Der Bodenseher“ und der „Inselfrühling“. Doch ginge mir sehr, wollte man ihnen nur lokale oder landschaftlich begrenzte Bedeutung beimessen. (Schluß folgt.)

*) Aus „Mutter Erde“. *) Die bisher erwähnten Bücher erschienen in der Deutschen Verlagsanstalt, Stuttgart, im Druck, „Die Reise nach Tripstiril“ bei A. Langen in München. *) Strecker und Schröder, Stuttgart.

Als unerlässlich wären aber die folgenden zu betrachten: Die Nation, welche sich als staatliche Einheit zu deklarieren unternimmt, sollte in ihrem Volkstum eine innerlich gefestigte, in ihrer Geschichte kulturell begründete, deutlich ausgeprägte Individualität darstellen, die eine gesunde organische und selbständige Weiterentwicklung erwarten läßt. Als Merkmale würden hierbei zu gelten haben: die Sprache, die Literatur, die Kunst und die im Laufe ihrer Geschichte erworbenen oder erzeugten sonstigen Kulturgüter. Ferner müßten in den wirtschaftlichen Verhältnissen und in territorialer Beziehung zweifellose Garantien gegeben sein, daß die Nation über genügend selbständige materielle Existenzbedingungen verfügt, damit sie sich nicht im Laufe ihrer Entwicklung genötigt sieht, die Rechtssphäre der anderen Völker zu verletzen. Hierin liegen keine so großen Schwierigkeiten, wie in der Vergangenheit, denn bei dem modernen Weltverkehr und den überallhin offenen Türen des Handels und der Industrie ist jedem Volk die vielseitige Erwerbs- und Produktionsmöglichkeit geboten, und das Maß hierfür ist nicht so sehr in den physischen Lebensbedingungen zu suchen, als vielmehr in seiner intellektuellen und materiellen Leistungsfähigkeit. Schließlich müßte im Selbstbewußtsein der Nation ein Kulturzustand nachweisbar sein, in welchem die allgemein anerkannten Grundzüge der Freiheit und Gerechtigkeit, der sozialen Einrichtungen und des Gemeinwesens genügend geschätzt werden, so daß die sich darauf stützende Regierung stark genug ist, nicht nur die Ordnung im Inneren aufrecht zu erhalten, sondern auch im internationalen Verkehr Vertrauen und Achtung zu genießen. Diejenigen Völkerstaaten, die diesen Grundbedingungen nicht Genüge leisten können, hätten sich zu gemischten staatlichen Einheiten zu gruppieren oder sich bereits bestehenden nationalen Staaten anzuschließen.

Diese ganz allgemein angebotenen Umrisse würden das Schema bilden für eine völkerrechtliche Organisation, innerhalb welcher ein dauernder Völkerfriede denkbar wäre. Es ist zweifellos, daß auf dem Kongress Entwürfe in diesem Sinne den Gegenstand des Meinungsaustausches bilden werden, aber ebenso gewiß ist es, daß sie auf Widerspruch stoßen. Auf welcher Seite werden die Machtfaktoren liegen, die zu triumphieren haben?

Höring hat in seinem berühmten Werk „Der Kampf ums Recht“ den geschichtlichen Entwicklungsgang des Rechts untersucht und den Grundgedanken in der These ausgedrückt, daß der Zweck des Rechts der Friede, das Mittel aber der Kampf sei; daß das abstrakte Recht erst dann eine lebendige Kraft bedeute, wenn ihm genügendes Machtmittel zur Verfügung stehen, sich Geltung zu verschaffen. — Diese Auffassung des rechtlichen Entwicklungsprozesses hat 3. viel Ansehen erregt und ist oft mißverständlicherweise kommentiert worden. Wenn das Recht das Resultat eines Kampfes ist und seine Anerkennung mit Machtmitteln hat erzwingen werden müssen, so folgt daraus nicht, daß diese Machtmittel auf allen Entwicklungstufen physische zu sein brauchen oder auf solche sich im letzten Grunde zurückführen lassen. Gerade die Entwicklung der Rechtsbegriffe beweist, daß im Kampf ums Recht auch die intellektuellen und moralischen Machtmittel sich als wirksam erweisen und einer weiteren Entwicklung fähig sind. So haben 3. B. die Logik der Überzeugung, das Gewissen oder das sittliche Bewußtsein zweifellos eine zwingende Kraft, ohne daß sie mit physischen Machtmitteln oder der Androhung einer Strafe in Beziehung gesetzt werden können.

Aber diese Kampfmittel der Aufklärung und der Gesittung können sich erst dann praktisch als wirksam erweisen, wenn ihre Anerkennung eine allgemeine ist und derjenige Teil der Menschheit, der sich zu ihnen bekennt, stark genug ist, dieselben durch Beispiel und geeignete moralische Zwangsmaßregel beim übrigen Teil zur Achtung zu bringen. Hierin liegt die große zeitgemäße Frage, die dem Friedenskongress zur Entscheidung vorliegt: wie stellt sich das Machtverhältnis der Welt der Selbstsucht, der physischen Gewalt und der Willkür zu derjenigen der Gesittung, der moralischen Freiheit und der Gerechtigkeit? Die Vertreter der Völker werden sich zu der einen oder der anderen Gruppe bekennen müssen, und es wird sich erweisen, ob der Kampf ums Recht, das individuelle wie das nationale, mit den Mitteln der rohen Gewalt, die den Weg der Geschichte mit Blut und Tränen gezeichnet haben, oder mit den Waffen des Geistes und der sittlichen Läuterung weiter geführt werden soll.

Noch steht aber das sog. Weltproletariat teils bereits

in Waffen, teils droht es zu denselben zu greifen, und führt nicht etwa den Kampf ums Recht, sondern den Berechtigungskampf gegen alle Befehlende, ohne sich über die Folgen genügend klar zu sein. Wir haben daselbe, dieses Produkt der Mißstände unserer modernen Kultur, bereits genügend gekennzeichnet und glauben, daß sich ihm eine Welt Demokratie gegenüberstellt, nicht aber etwa nach dem Prinzip einer neuen Internationale, sondern im Gegenteil durchaus individuell und durchaus national. Diese Demokratie, die sich ihrer Kulturmission bewußt ist und dieser Kulturmission alle anderen Aufgaben unterzuordnen weiß, hat die Quelle ihrer sittlichen Kraft und ihrer geistigen Größe in der frei und vollkommen ausgeprägten Individualität. Denn nur als eine solche findet der einzelne in seinem Innern die Werkzeuge der Werte, die ihm Verteidigung gewähren und die ihm das Sollen und Suchen nach materiellem Gewinn und materiellem Genuß verächtlich machen. Ebenso schöpft die Demokratie ihre Kraft aus dem Rationalitätsprinzip, als Subjekt einer nationalen Einheit, als eine freie und ihrer Verantwortung bewußte Persönlichkeit, die nicht nach rechts und nach links ausläßt, wo sie etwa den Nachbar übervoortellen oder überfallen kann, sondern die im stolzen Selbstbewußtsein der Rechte und der Pflichten des Kulturlebens ihren Gewinn nicht nach den veränderlichen Eroberungen an wirtschaftlichen und territorialen Erfolgen, sondern nach den unvergänglichen Werten, die bestimmt sind, den großen Kulturschatz der Menschheit zu vermehren.

Es ist die Demokratie der Arbeit, die wir meinen, der zielbewußten, intensiven und produktiven Arbeit, die dieselbe nicht als eine Zwangslage ansieht, sondern als eine sittliche Pflicht, in wirtschaftlicher Beziehung aber als eine freie Vereinbarung zwischen Arbeitern verschiedener Kategorien, die alle geeint sind in der Arbeit am großen Kulturwerk der Menschheit. Diese Demokratie führt keinen Kampf gegen Klassen, Stände oder Gesellschaftsgruppen, sie fordert aber die gleiche Bewußtheitigkeit der Pflichterfüllung und die gleiche Achtung vor jeder Art Arbeit. Sie unterscheidet nicht nach den äußeren Merkmalen das Rabinett des Staatsoberhauptes und die Zelle des Schulhülers, sondern nach der Produktivität der Arbeit und der Verantwortlichkeit der Stellung. Sie kämpft gegen Mißstände und gegen die Elemente, die sie verursachen, nicht aber mit den Mitteln der Gewalt und der Verachtung, der Unfähigkeit, des Lasters und der Untätigkeit, ihre Strafe in der Ausschluß aus dem Verbands der geeinten und ihrer Menschenswürde bewußten Demokratie.

Das Werk des dauernden Friedens, der Freiheit und der Gerechtigkeit, die der Friedenskongress begonnen hat, findet eine neue Epoche der menschlichen Kultur an: der Kampf ums Recht ist auf die Arena verlegt, die allein der Kultur- und der Humanitätsidee würdig ist. Wird dieses Werk erfolgreich vollführt, so ist das Blut nicht umsonst geflossen, so sind die Opfer nicht umsonst gebracht, und die Katastrophe hat das Erwachen veranlaßt zu neuen und großen Aufgaben, die ein neues und schöneres Tagewerk der Kulturarbeit der Menschheit bedeuten, das Tagewerk der Demokratie, die nicht strebt nach dem Imperialismus der Weltbeherrschung, noch nach der Diktatur der physischen Gewalt, sondern die in stiller und zielbewußter Arbeit die weitere Entwicklung und die Vertiefung und Veredelung will der beiden über Schuld und Schande zu erhaltenden Kulturgüter — der Freiheit und der Gerechtigkeit.

Aus dem deutschen Leben.

Ziflis.

Uns ist nachstehende Zurechtstellung des Kirchenältestenrates der hiesigen ev. luth. Petrus-Paul-Gemeinde mit dem Eruchen um Veröffentlichung in den Spalten unseres Blattes zugegangen:

„Der Kirchenältestenrat resp. die Gymnasialkommission ist ohne Grund und Wissen in die Polemik der Ortsgruppe Ziflis mit dem Zentralomitee in № 14 der „Kauf. Post“ hineingezogen worden. Alle Ungenauigkeiten in der Polemik zurechtzustellen, hält der Kirchenältestenrat für unnützlich; nur kann er die Stellen in der Nachschrift der Redaktion nicht ohne Zurechtstellung lassen, in welchem dem Kirchenrat der Vorwurf gemacht wird, daß 1) die Frage der Gründung eines Gymnasiums nicht genügend debattiert und diese Frage im Schoße des Kirchenrates bis in alle

Einzelheiten entschieden worden sei und 2.) daß der Nationalrat von der geplanten Gründung hätte rechtzeitig in Kenntnis gesetzt werden müssen, wollte der Kirchenrat eine Unterstützung aus dem Fond des Nationalrates erhalten.

Zu 1.) bemerkt der Kirchenältesterrat, daß in den №№ 33, 40, 42, 48, 52 60 und 64 der „Rauf. Post“ ausführlich über die Notwendigkeit einer deutschen Mittelschule in Tiflis sowie über den Typus und die Gründung einer solchen geschrieben worden ist. Leider nur von Mitgliedern des Kirchenrates. Die „Rauf. Post“ hat von den Artikeln redaktionell keine Notiz genommen. Außerdem ist diese Frage auf der im Juni 1918 stattgehabten Lehrerkonferenz eingehend besprochen und die Eröffnung einer Mittelschule in Tiflis als höchst wünschenswert anerkannt worden. Abgesehen von der öffentlichen Befragung auf der Lehrerkonferenz kam eine Befragung in den Spalten der „Rauf. Post“ aus dem Kirchenrat unabhängigen Gründen leider nicht zustande. Daher war der Kirchenrat durch die Macht der Verhältnisse gezwungen, die Frage der Gründung bis in alle Einzelheiten selbst zu lösen.

Zu 2.) ist zu bemerken, daß der Kirchenrat resp. die von diesem gewählte Kommission in erster Reihe sich in einem Schreiben vom 11. Juli 1918 sub № 27 an den Nationalrat mit der Bitte wandte, an den Vorarbeiten zur Gründung einer Mittelschule teilzunehmen und einen Vertreter in die Kommission zu delegieren. Auf diese Bitte hin nahm Herr G. Frid, der damalige stellvertretende Vorsitzende des Nationalrates, an den Arbeiten teil und war auch mit anderen Herrn beim Minister der Volksaufklärung, um die Erlaubnis zur Eröffnung des Gymnasiums zu erwirken. Über die Finanzlage des Gymnasiums war der Nationalrat durch Herrn Frid ebenfalls unterrichtet, da Herr Frid sich an der Aufstellung des Budgets beteiligte.

Auf Grund des obenausgeführten fühlt der Kirchenältesterrat sich frei von jedem Vorwurf und weist die Beschuldigungen in bezug der Nachschrift entschieden zurück. Zum Schluß richtet der Kirchenältesterrat an alle deutschen Organisationen, welche für das kulturelle Wohl der Deutschen im Kaukasus tätig sind, nicht zuletzt an das Zentralkomitee, die bringende Bitte, Fragen, welche den Lokalpatriotismus schüren und daher entzweiern können, nicht breit zu treten, wie solches mehrfach geschehen ist. Es gibt genug wichtigere Säden, welche der Erlebigung barren. 27. Februar 1918. Der Kirchenältesterrat.

Soweit die „Zurechtstellung“. Zu ihr hat der Zentralvorstand des Verbandes der transkaukasischen Deutschen, dem die Schriftleitung der „Rauf. Post“ diese vor Kenntnisnahme unterbreitet hatte, folgende Erklärung zu veröffentlichen angeordnet, um dadurch weiteren unermüdeten Auslassungen zu der in Rede stehenden Angelegenheit vorzubeugen:

Eine „Polemit“ der Ortsgruppe Tiflis mit dem Zentralkomitee in den Spalten des Verbandesorgans, d. h. der „Rauf. Post“, kann überhaupt nicht stattfinden. Hätten die beiden miteinander zu „polemisieren“, so täten sie es im üblichen Schriftwechsel, mit Ausschluß der Öffentlichkeit. Oder sie brächten die zwischen ihnen herrschenden Fragen vor die Delegiertenversammlung — zwecks Entscheidung durch sie, als das zuständige Forum für alle derartigen Meinungsverschiedenheiten. Die „Nachschrift der Redaktion“, richtiger der Schriftleitung unseres Blattes, ist durchaus nicht einer Erklärung des Zentralvorstandes des Verbandes als solchen, oder in seiner Eigenschaft als Organ, das für die Herausgabe der „Rauf. Post“ verantwortlich ist, gleichzustellen. Die Schriftleitung hatte wohl das Recht, mehr als das — die Pflicht, auf gewisse Unrichtigkeiten in der Hiehergabe des von ihr veröffentlichten Berichtes hinzuweisen, um eine fälschliche Auslegung desselben, wie der Vorstand der Tifliser Ortsgruppe sie seiner Zuschrift in Nr. 14 der „Rauf. Post“ zu Grunde gelegt hatte, bei den übrigen Lesern der letzteren zu verhindern. Aber auch sie (die Schriftleitung) ist, nach dem ganzen Tone der Nachschrift zu urteilen, weit davon entfernt gewesen, sich in eine ihr, als einem lediglich ausführenden Organ des Zentralvorstandes, gar nicht zukommende „Polemit“ mit einer der der Obhut dieses letzteren anvertrauten Ortsgruppen des Verbandes einzulassen. Denn ihr war es ja bewußt, daß ein solches Verhalten dem Ansehen nicht nur der betreffenden Ortsgruppe, sondern des ganzen Verbandes geschadet hätte. Woraus aber der Einfender der „Zurechtstellung“ folgert,

daß die Schriftleitung ihn, eine mit dem Verbandsorgan nicht mal zusammenhängende Institution, in die vermeintliche „Polemit“ habe „hereinziehen“ wollen, ist, wenn man sich auf den Inhalt der Nachschrift beschränkt, nicht zu verstehen. Jedenfalls hätte der Zentralvorstand ein solches ungebührliche Verhalten der Schriftleitung nie gebilligt, und die Nachschrift wäre um die zu beanstandenden Stellen gestrichelt worden. — Was aber den Inhalt der Nachschrift unter dem jenen geltend gemachten Vorbehalt anlangt, so kann der Zentralvorstand allerdings nicht umhin, denselben als dem wahren Sachverhalt im ganzen und in einzelnen entsprechend anzuerkennen. Nach der Ankündigung des damaligen Kirchenratspräsidenten K. v. Dahn in dem Aufsatz: „Eine deutsche Mittelschule in Tiflis“ (i. Nr. 33 der „Rauf. Post“ v. 3. Juli 1918), daß der Kirchenrat mit bestimmten, von einer für diesen Zweck eingesetzten Kommission ausgearbeiteten Vorschlägen vor die Gemeinde treten werde, durfte jedermann erwarten, weiterhin zu erfahren, worin diese „bestimmten“ und „ausgearbeiteten“ Vorschläge, also die Einzelheiten des der nächsten Gemeindeversammlung zu unterbreitenden Projektes einer deutschen Mittelschule beständen. Und das umso mehr, als die in demselben Aufsatz angeführten neun Gesichtspunkte im gegebenen Falle zugleich Anhaltspunkte für gewisse Voraussetzungen über den Inhalt der besagten „Vorschläge“ zu sein schienen. Alles, was hernach in der „R. P.“ (i. №№ 40, 42, 48, 52, 60 und 64 des vorigen Jahrgangs der „R. P.“) geschrieben wurde, entsprach so wenig den in № 33 gebotenen (auf das Vorhandensein eines sorgfältig durchdachten, wenn auch in seinen Voraussetzungen noch nicht endgültig vom Kirchenrat gebilligten Projekts schließend laudenden) Anhaltspunkten, daß man beim Lesen durchaus nicht die Vorteilhaftigkeit gewinnen konnte, als wären die Verfasser jener Zuschriften gerade darum bemüht gewesen, diese tatsächlich „im Schöße des Kirchenrates“ ausgearbeiteten, bestimmten Einzelheiten der breiteren Öffentlichkeit zur Nachprüfung zu übermitteln. Einige Einzelheiten sind freilich in diesen Zuschriften bekannt gegeben worden, aber genauer ausführende Angaben über die neue Schranke finden sich erst in № 15 der „R. P.“, vom 23. Februar d. J. (in der Rubrik „Aus dem deutschen Leben“, in den Mitteilungen, die durch den Schriftführer des Kirchenältesterrates A. Semning der Zeitung zugegangen sind). Damit wäre aber die Behauptung in der „Nachschrift der Redaktion“, daß die ganze Angelegenheit betreffs Gründung des deutschen Realgymnasiums seinerzeit zu wenig in der breiteren Öffentlichkeit behandelt worden sei, als zureichend zu erachten. Der Vorwurf, daß „redaktionell“ seitens der „R. P.“ in dieser Frage leider nicht geschehen sei, ist insofern unrichtig, als die Redaktion natürlich dem Kirchenrat nicht vorzuziehen und das Projekt nicht zum Gegenstand seiner Besprechung machen durfte, ehe die Einzelheiten desselben, entprechend der Ankündigung K. v. Dahn's, von dem Kirchenrat selbst oder der Gymnasialkommission bekannt gemacht worden wären. — Was, ferner, das Schreiben des Kirchenrats an den Nationalrat vom 11. Juli 1918, № 27, anbelangt, so schloß dasselbe keineswegs die Verpflichtung des Kirchenrats aus, den Nationalrat, durch den er ja die Unterstützung des Verbandes für das Realgymnasium zu erbitten vorhatte, auch hernach auf dem laufenden zu erhalten, mehr als das — ihn genau mit den Einzelheiten des Schulprojekts bekannt zu machen, da die Delegiertenversammlung sich nicht mit einem mündlichen Vortrag des hiesigen Vorstehers G. Frid begnügt, sondern schriftliche, von dem Kirchenrat herrührende Angaben verlangt hätte. — Die Mahnung zum Schluß der „Zurechtstellung“ ist unverständlich, da 1.) der Zentralvorstand weit davon entfernt ist, überhaupt zu „schüren“, und 2.) wenn er den Patriotismus in der einen oder anderen Form auch schüren wollte, das kein Unbilliges wäre, da man den Patriotismus, d. h. die Liebe zur nationalen Sache, einerlei ob lokal oder universal, bei uns unter Umständen gar nicht genug anregen kann. — Indem wir hiermit diese notgedrungen leider so lang gewordene Erklärung schließen, bitten wir, mit Berufung auf die zutreffende Bemerkung in der „Zurechtstellung“, daß es „genug wichtigere Sachen gibt, die der Erlebigung harren“, der Schriftleitung nicht zumuten zu wollen, noch mehr zu der vermeintlichen „Polemit“ in die Spalten der „Rauf. Post“ aufzunehmen. — Der Zentralvorstand des Verbandes der transkaukasischen Deutschen.

Aus dem Gemeindeleben in Tiflis.

Zu der auf den 23. Februar anberaumt gewesenen Gemeindeversammlung erschienen leider, ja leider, muß man sagen, nur 9 Gemeindeglieder! Also nur 9 Mitglieder von einigen Hunderten, zu denen auch die Frauen, auf die man so große Hoffnung gesetzt hatte, gerechnet werden müssen, fanden es für nötig und auch für möglich, 1—2 Stunden unserem Gemeinwesen zu opfern, obgleich solche Opfer, wenn wir überhaupt im gegebenen Falle das Wort

Opfer gebrauchen dürfen, im Jahr zweimal, höchstens dreimal verlangt werden!

Es standen auf der Tagesordnung dieser Versammlung die Abrechnung für 1918 und der Voranschlag für 1919, also für das Gemeinwesen ganz besonders wichtige Angelegenheiten, und dennoch waren es nur 9 Mitglieder, denen ihr bürgerliches Pflichtgefühl es vorgeschrieben hatte, dem diesbezüglichen Aufruf von der Kanzel und in der „Rauf. Post“ Folge zu leisten. Da andere aber, warum waren sie nicht gekommen?

Gesah dies wirklich nur aus Mangel an Pflichtgefühl, was ja sehr zu bedauern wäre, oder aber soll das ein gewisses Vertrauen bedeuten, das dem Kirchenältesterrat entgegengebracht wird? Der Kirchenrat ist hierin vollkommen im Unklaren. Wollte er auch die letztere für ihn sehr schmeichelhafte Möglichkeit annehmen, so könnte er ein derartiges Verhalten seitens seiner Wähler demnach nicht gutheißen, denn der Kirchenältesterrat bedarf nicht allein des Vertrauens, das ihm übrigens bereits durch die Wahlen entgegengebracht worden ist, er verlangt auch Teilnahme, Aufmunterung in seiner Tätigkeit. Ein gleichgültiges Verhalten seitens der Gemeinde, welches Grundes es auch sei, wirkt lähmend auf die Tätigkeit des Kirchenältesterrates, und schließlich wird auch er von derselben Gleichgültigkeit angeleitet. Dieses darf aber nicht geschehen, wenn das Gemeinwesen nicht leiden soll. Jedes Gemeindeglied möchte diesen Umstand stets im Auge behalten. Der Kirchenältesterrat ist der tägliche Teil der Gemeinde und in der Gemeindeversammlung sucht er Rat, Stütze und Kraft für sein Schalten und Walten. Ganz besonders aber bedarf er der Teilnahme seitens der Gemeinde zu einer Zeit, wo jede Wertungsschätzung sinkt und schwankt.

Mit den vorliegenden Umständen rechnend, konnten weder der Kirchenältesterrat noch die anwesenden Mitglieder es auf sich nehmen, in solchen wichtigen Sachen zu verhandeln und Beschlüsse zu fassen, und wurde infolgedessen die Gemeindeversammlung vertagt und zwar auf den 9. März, in der Hoffnung selbstverständlich, daß die Gemeinde darnach zahlreicher vertreten sein werde. Da der Kirchenältesterrat ohne Befähigung des Berichtes fürs vergangene Jahr und des Voranschlags für das kommende seitens der Gemeinde außer Stand gesetzt wäre, seine Tätigkeit fortzusetzen, so wird die nächste Gemeindeversammlung, wenn noch weiter gewirtschaftet werden soll, bei jeder Anzahl der Anwesenden als gesetzesmäßig und beschlußfähig erklärt werden müssen. Die Nichterfahrenen verlieren dann jedenfalls das moralische Recht, an dem wirtschaftlichen Leben unserer Gemeinde irgend welche Kritik zu üben.

Ganz besonders zu beklagen ist noch die Tatsache, daß von unseren Frauen, von denen vorausgesetzt wurde, daß gerade sie sich besonders für kirchliche Angelegenheiten interessieren würden und denen infolgedessen von der Gemeinde das Stimm- und Wahlrecht zuerkannt wurde, keine einzige erschienen war. Es wurde in der Versammlung die Meinung ausgesprochen — vielleicht mit Berechtigung — daß die bis jetzt für Gemeindeversammlungen angelegte Stunde (12 Uhr) für die Ausfrauen zu jehat unbillig und hinsichtlich der Verpflegung, so sorgenvollen Zeit sehr unglücklich sei. Dies sei schon daraus zu schließen, daß sie im Falle einer Ermahnung an ihre bürgerlichen Pflichten den jedenfalls sehr beachtenswerten Vorwand zur Geltung bringen, daß, wenn sie ihren Pflichten nachkommen wollten, sie die Herrn Bürger ohne Mittag lassen müßten.

Um diese mißlichen Folgen zu vermeiden, beschließen die Anwesenden, die nächste Versammlung zu 5 Uhr nachmittags anzusetzen.

Es soll hier noch hervorgehoben werden, daß in der nächsten Gemeindeversammlung der frühere Präsident des Kirchenrates, Staatsrat K. v. Dahn, einen Bericht über das verlassene Triennium des Gemeindegliedens vorlesen wird. Aus diesem Bericht wird die Gemeinde erfahren, daß in den letzten 3 Jahren manches geleistet worden ist, was Zeit und Arbeit in Anspruch genommen hat, wenn auch manche unter uns sich finden, die da meinen, es werde im Kirchenrate nichts getan, ja es sei überhaupt nichts zu tun.

Ein Kirchenältester.

Baku.

Am 15. Februar veranstaltete der Deutsche Verband in den Räumen der Gemeinde-Säule eine gesellige Abend. Gegeben wurde die Operette „Brinselin Grotte“. Dank der Fähigkeit des Herrn B., der das ganze Stück einstudierte, Dekorationen malte und am Vorkellensabend die Darsteller schmückte die Regie führte und auch noch fouleurierte, gelang die Operette recht gut. Frä. Lisa E. (Brinselin) und Herr Leonid S. (Hirshfeld) waren stimmlich und darstellerisch durchaus gut; vorzüglich war die Klavierbegleitung (Frä. Helga E.). Auch die übrigen Darsteller waren flott. Nach der Operette folgte das „Tierquartett“, das allgemein gefiel und große Heiterkeit, besonders bei der Jugend, erregte. Der materielle Erfolg war nicht minder befriedigend. blieb doch ein kleiner Betrag von Rubl. 5207. 65, wovon Rubl. 6000. — dem Kirchenrat zum Besten der Gemeinde-Schule überführt wurden. Es ist

Herausgeber: Der 3-W. des Verbandes der transf. Deutschen Verantwortlich für die Redaktion: Das Redaktionskomitee.